

Tiefbahnhof hat für die Stadt Priorität

Verkehr Der Luzerner Stadtrat und das Parlament wollen sowohl einen neuen Durchgangsbahnhof als auch die Autobahnumfahrung Bypass. Wenn's hart auf hart kommt, haben sie aber eine klare Präferenz.

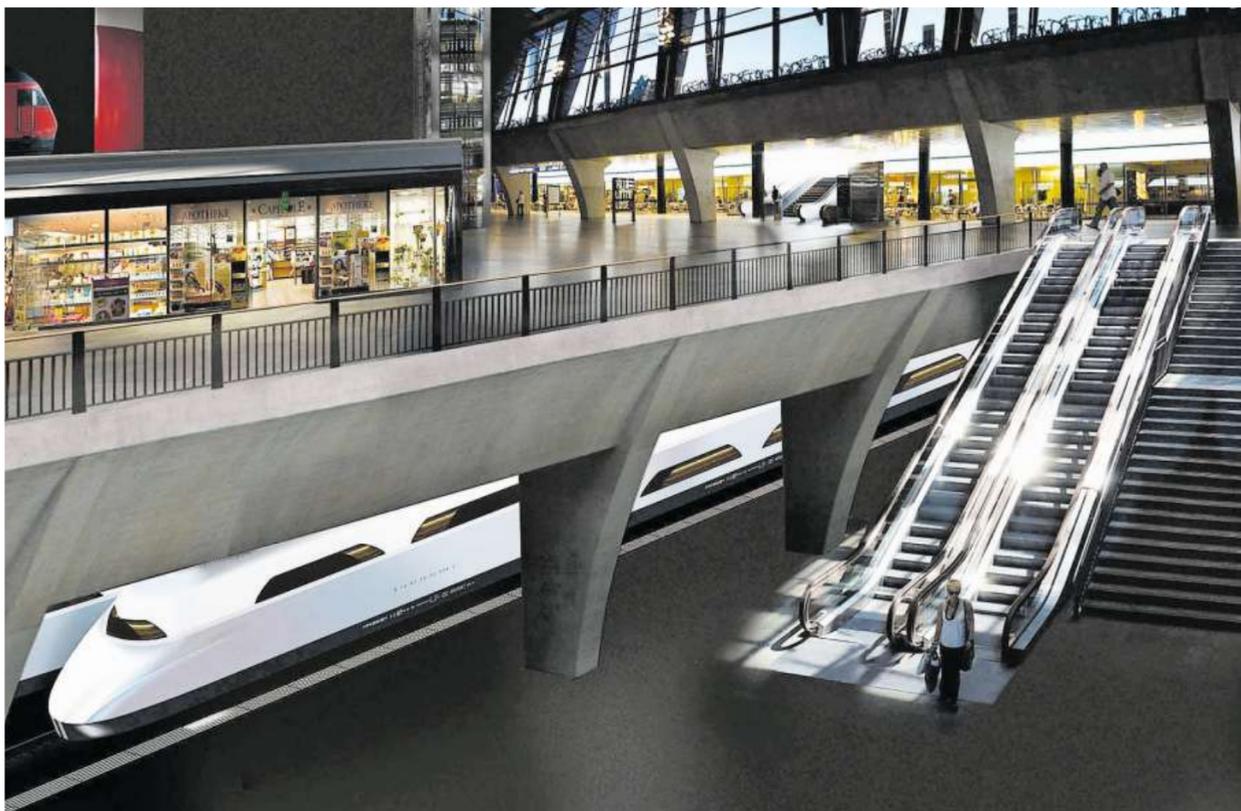
Robert Knobel
robert.knobel@luzernerzeitung.ch

Zwei Grossprojekte sollen die Verkehrsprobleme in der Region Luzern lösen: der Durchgangsbahnhof und die Autobahnumfahrung Bypass samt Zubringer Spange Nord. Beide Projekte sind derzeit in Planung. Das Dilemma ist: Das Bahnhofprojekt genießt in Luzern zwar breite Unterstützung, der Bund zweifelt aber den Nutzen an. Es ist unklar, ob es mit dem nächsten Ausbauschritt realisiert wird. Umgekehrt ist es beim Bypass – hier will der Bund vorwärts machen, doch in der Stadt Luzern und in Kriens stösst das Strassenbauprojekt auf grossen Widerstand.

Wie soll sich der Luzerner Stadtrat in dieser Situation verhalten? Verkehrsdirektor Adrian Borgula (Grüne) formuliert es so: «Beide Projekte sind aus Sicht des Stadtrats notwendig. Sollten sie aber gegeneinander in Konkurrenz treten, dann hat für uns klar der Durchgangsbahnhof Priorität.» Im Wissen darum, dass die Haltung der Stadt bei den Geldgebern Kanton und Bund nur eine kleine Rolle spielt, kämpften die beiden verkehrspolitischen Lager im Stadtparlament gestern um die Symbolhöhe. Als Sieger sind die Linken hervorgegangen – dank Stichterscheid der grünen Parlamentspräsidentin, Katharina Hubacher, folgt das Parlament dem Stadtrat. Die Stadt Luzern vertritt damit also offiziell die Haltung, dass man im Zweifelsfall lieber einen neuen Bahnhof als eine neue Autobahn wählt.

«Arroganz» gegenüber Autofahrern

Die Bürgerlichen warnten vergeblich vor kontraproduktiven Signalen Richtung Bern. Mario Willimann (SVP) fand, es sei im jetzigen Planungsstadium «nicht professionell», wenn man be-



So könnte der Durchgangsbahnhof Luzern dereinst aussehen.

Visualisierung PD

6 Millionen Franken für historisches Haus

Altstadt Luzern Das Stadtparlament bewilligte einen Kredit von 6 Millionen Franken zur Sanierung des denkmalgeschützten Am-Rhyn-Hauses. Das aus dem 17. Jahrhundert stammende Gebäude neben dem Rathaus steht seit 2008 grösstenteils leer und hat massivste statische Probleme. Alle Parteien zeigten sich erleichtert, dass «das Altstadt-Bijou an bester Lage» nach Jahren der Ungewissheit nun endlich gerettet werden kann. Der Stadtrat musste sich aber auch Kritik an-

hören. «Der Stadtrat brauchte fast zehn Jahre, um ein Projekt auszuarbeiten», bemängelte Rieska Dommann (FDP).

Kritisiert wurde auch das neue Nutzungskonzept. Es sieht vor, dass das Am-Rhyn-Haus auch künftig nur beschränkt öffentlich zugänglich sein soll. Die historischen Räumlichkeiten sollen einerseits an Private vermietet werden, ein Teil soll zudem für Hochzeitsaperos oder private Feste genutzt werden. «Es stört mich massiv, dass man mit dem

Haus nicht mehr machen kann», sagte Christian Hochstrasser (Grüne). Ihn ärgert auch, dass man ganz offenbar dem Denkmalschutz viel grössere Priorität einräumte als den Fragen zur künftigen Nutzung. Auch Rieska Dommann fand, dass man den denkmalschützerischen Aspekten viel Platz einräumte im Vergleich zu anderen wichtigen Überlegungen – allen voran der Energieeffizienz: «Das Sanierungsprojekt sieht eine Gas- und Elektroheizung vor. Massnah-

men zur Energieeffizienz waren schlicht kein Thema. Bei Denkmalschutzfragen zieht man ganz selbstverständlich Experten bei. Eine solche Kultur fehlt in der Stadtverwaltung, wenn es um Energiefragen geht.» Die Anliegen von Denkmalschutz und Energiesparen seien nicht immer einfach, räumte Baudirektorin Manuela Jost (GLP) ein. Jost gab den Ball weiter an den Kanton: Sie vermisse klare Leitlinien für die energetische Sanierung von historischen Gebäuden. (rk)

reits ein Projekt priorisiere. «Es geht darum, alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen», so Willimann. Wenn man dem Strassenprojekt weniger Wichtigkeit einräume, sei dies «arrogant gegenüber denjenigen, die auf Strassen angewiesen sind». Reto Kessler (FDP) betonte, dass die beiden Milliardenprojekte gar nie in Konkurrenz zueinander standen, weil sie aus völlig verschiedenen Töpfen finanziert werden sollen. «Wir dürfen die beiden Projekte nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen uns geeint für beide einsetzen», so Kessler.

SP: Durchgangsbahnhof breit abgestützt

Auf linker Seite sieht man das ganz anders. Der Durchgangsbahnhof stehe durchaus in Konkurrenz zum Bypass, sagte Christian Hochstrasser (Grüne). «Die Wahrscheinlichkeit, dass beide gebaut werden, ist gering.» Nico van der Heiden (SP) findet es auch aufgrund der aktuellen Stimmung in Luzern legitim, den Durchgangsbahnhof stärker zu gewichten. «Fakt ist, dass dieser breit abgestützt ist, während insbesondere die Spange Nord sehr umstritten ist.»

Der Durchgangsbahnhof Luzern soll den bisherigen Hauptbahnhof entlasten und insbesondere in Richtung Zürich attraktivere Zugverbindungen ermöglichen. Die Kosten werden auf 2,4 Milliarden Franken geschätzt. Die Autobahnumfahrung Bypass soll den Reussport- und Sonnenbergtunnel entlasten. Hinzu kommt ein neuer Zubringer aus dem Gebiet Schlossberg-Friedental (Spange Nord). Die Gesamtkosten werden auf 1,7 Milliarden Franken veranschlagt. Sowohl Durchgangsbahnhof als auch Bypass sind frühestens für die Zeit nach 2030 geplant. Definitiv entschieden ist aber noch keines der Projekte.

Belagsarbeiten erneut verschoben

Emmen Der am kommenden Wochenende geplante Deckbelageinbau an der Rothenstrasse am Seetalplatz wird erneut verschoben. Statt vom 13. bis 15. Mai finden die Arbeiten eine Woche später statt. Grund für die Verschiebung ist das Wetter. Laut dem Kanton sind die Prognosen nicht optimal für die Bauarbeiten. Wie der Kanton Luzern gestern mitteilte, werden für die Arbeiten zwei Wochenenden beansprucht. Geplant sind folgende Termine: Samstag, 20. Mai, bis Montag, 22. Mai und Samstag, 27. Mai, bis Montag, 29. Mai. Gearbeitet wird zwischen Samstagabend (17 Uhr) und Montagmorgen (5 Uhr). Der Verkehr wird in dieser Zeit einspurig geführt. (red)

Gratulation

80. Geburtstag

Luzern Heute kann Pasquale Potalivo in Reussbühl seinen 80. Geburtstag feiern. Zusammen mit seiner Familie gratulieren wir dem Jubilar herzlich.

Hündeler werden mit Anzeigen eingedeckt

Churchill-Quai Obwohl die Freilaufzone offiziell erst ab Montag gilt, lassen Hundehalter ihre Tiere teils heute schon frei herumrennen. Das kommt sie teuer zu stehen.

Als Pilotversuch will die Stadt Luzern am Churchill-Quai eine Freilaufzone für Hunde einrichten. Auf einer definierten Fläche sollen dort ab Montag Hunde ohne Leine herumtollen dürfen. Mitte März kündigte die Stadt die Einrichtung der Freilaufzone an (Ausgabe vom 18. März). Sie sprach angesichts der 2000 Hunde, die in der Stadt gehalten werden, von einer pragmatischen Lösung und appellierte an die Toleranz aller Beteiligten.

Doch offenbar hat die Ankündigung der Freilaufzone das Gegenteil bewirkt. Seit Ende März waren mehrere Hundehalter von Privatpersonen angezeigt worden, weil sie ihre Vierbeiner am Churchill-Quai frei herumlaufen liessen. Der IG Hundewiese Luzern, in welcher sich die Hundehalter organisieren, sind mindestens vier Fälle bekannt. Fabian Martin, Sprecher der IG, sagt dazu: «Es macht den Eindruck, als würde nun mit allen Mitteln

gekämpft. Wir konnten schon beobachten, wie Spaziergängerinnen lautstark Hundehalter drohten, sie anzuzeigen, wenn sie nicht sofort ihr Tier an die Leine nehmen würden.» Die Anzeigen werden auf der Facebookseite der IG Hundewiese scharf kritisiert. Ein User schreibt dort: «Seit 40 Jahren benützen Hündeler diese Wiese unangeleint. Dann müssten wir alle eine Busse erhalten.»

Geldstrafe von 370 Franken

Einer der Angezeigten hat Ende April einen Strafbefehl bekommen. Sein Widerhandeln gegen das Gesetz über das Halten von Hunden kostet ihn nun 370 Franken. 100 Franken beträgt die Busse, der Rest sind Verfahrenskosten. Die Staatsanwaltschaft begründet die Geldstrafe auch damit, dass «die von der Stadt geplante Hundefreilaufzone auf der Churchill-Quai-Wiese noch nicht umgesetzt ist».

Die Gegner der Hundewiese sind in der IG Churchill organisiert. Wollen sie ihrem Kampf gegen die Freilaufzone nun mit Anzeigen Nachdruck verleihen? Dazu IG-Sprecher Pascal Kalbermatten: «Im Namen der IG wurden

keine Anzeigen gemacht. Wir sind für einen vernünftigen Konsens und für Sicherheit.» Die Mitglieder der IG seien zudem nicht grundsätzlich gegen eine Freilaufzone, forderten aber Anpassungen. «Die Zone muss durchgehend eingezäunt sein. Das würde die Situation wesentlich entspannen», so Kalbermatten.

Klage gegen Hundewiese steht noch aus

Der Pilotversuch, der nächsten Montag startet, ist auf zwei Jahre ausgelegt. «Wir haben die Wiese zweigeteilt. Der grössere Teil – vom See her rechts – ist weiterhin Spiel- und Liegewiese, der kleinere Teil – vom See her links – ist die neue Hundefreilaufzone», sagt Cornel Suter, Leiter der Stadtgärtnerei. Die Stadt habe eine Kompromisslösung geschaffen, welche die Bedürfnisse aller Wiesenbenutzer unter einen Hut bringt, so Suter. Zudem werden sechs 1,8 Meter hohe Informa-

tionsstelen aufgestellt und die Hundefreilaufzone teilweise mit Hecken abgegrenzt.

Für die Gegner ist die geplante Freilaufzone illegal. Sie wollen mit einer Klage ans Kantonsgericht gelangen, wie IG-Sprecher Pascal Kalbermatten gegenüber unserer Zeitung bereits Anfang April sagte. Zur Klage beim Kantonsgericht kam es bisher noch nicht. Dies, weil die Stadt keine Verfügung erlassen habe, die angefochten werden könnte, und auch noch keine Schilder aufgestellt habe, erklärt Kalbermatten. Sobald dies geschieht, will die IG Churchill aktiv werden.

Cornel Suter schliesst nicht aus, dass es weiterhin Anzeigen wegen Verstösse gegen die Hundeverordnung gibt: «In diesem Fall wird dann in einem ersten Schritt die Staatsanwaltschaft im Einzelfall entscheiden.»

Sandra Monika Ziegler
sandra.ziegler@luzernerzeitung.ch

Fabian Martin
IG Hundewiese Luzern